

5241/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Trinkl
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Bedenken des Sozialministers gegen den Arbeitsschutz in
Bergwerken

Im Jahre 1995 wurde das ILO - Übereinkommen über den Arbeitsschutz in Bergwerken in Genf angenommen.

Bei der nachfolgenden innerösterreichischen Debatte über die Umsetzung dieses Übereinkommens vertrat das Sozialministerium die Auffassung, daß eine Umsetzung dieses Übereinkommens in Österreich nicht möglich sei. Auf Grund dieser Auffassung des Sozialministeriums schlug der diesbezügliche Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat eine Nichtratifizierung vor. Der Sozialausschuß vertagte sodann am 1. Oktober 1997 diesen Bericht der Bundesregierung, um dem Sozialminister die Möglichkeit einzuräumen, die notwendigen Vorkehrungen für eine Umsetzung des Übereinkommens in Österreich zu treffen.

Angesichts dieser Geschichte des ILO - Übereinkommens über den Arbeitsschutz in Bergwerken stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgende

ANFRAGE

1. Was waren im einzelnen die Bedenken des Sozialministeriums im Jahre 1996 gegen die Umsetzung des ILO - Übereinkommens über den Arbeitsschutz in Bergwerken (bitte um detaillierte Liste)?
2. Welche dieser Bedenken des Sozialministeriums sind sodann durch welche Maßnahmen beseitigt worden (bitte ebenfalls um detaillierte Auflistung)?